

„Schlafende Hunde geweckt“

Im Streit um den **Landes-Kollektivvertrag** fordert der Grüne **Hanspeter Staffler** die Landesregierung auf, die **Schutzmacht Wien** einzuschalten:
„Rom greift unsere Autonomie an.“



Die Demo zum Landes-Kollektivvertrag, Hanspeter Staffler:
„In einem echten Dilemma“

von Matthias Kofler

Hanspeter Staffler schüttelt den Kopf: „Die Landesregierung hat zwei Mal einen Bock geschossen.“ Der Grüne Landtagsabgeordnete hat am Mittwoch Einsicht in jenen Brief aus Rom nehmen können, in welchem die italienische Regierung die Landes-Bestimmungen zum Bereichsübergreifenden Kollektivvertrag beanstandet. Konkret verlangt Rom die Aufhebung des Artikels, der vorsieht, dass das Land den Bediensteten einen höheren Inflationsausgleich als der Staat gewähren kann (Südtirol-Index); zum anderen maßregelt die italienische Regierung das Land dafür, die Beteiligung der Lehrpersonen am Laborfonds nur für das Jahr 2019, nicht aber für die Jahre 2020 und 2021 finanziell abgedeckt zu haben.

Beide Fehler muss der Landtag nun mittels einer Gesetzesänderung beheben.

Besonders die Aufhebung des Südtirol-Index, der den Bediensteten in den kommenden drei Jahren ei-

nen Inflationsausgleich von 4,8 statt 3 Prozent ermöglicht hätte, stößt den Gewerkschaften sauer auf. Die Opposition verließ sich bei der Verabschiedung des entsprechenden Artikels auf das Wort der Landesregierung und hackte nicht weiter nach. Dies erwies sich im Nachhinein als Fehler.

Auf Nachfrage wurde Staffler nun mitgeteilt, dass der Index sehr

nomie“, sagt der Grüne Staffler. Seiner Meinung nach sind die Personalordnung und die Ordnung der Landesämter die wichtigsten autonomiepolitischen Kompetenzen Südtirols. Diese gelte es zu verteidigen. Daher fordert der Grüne die Landesregierung auf, die Schutzmacht Wien einzuschalten.

Mit dem Fehler beim Südtirol-Index habe das Land „schlafende

In seiner Zeit als Landes-Generaldirektor habe er 20 Verträge abgeschlossen, die sich auf das Landesgesetz Nr. 6/2015 beziehen.

wohl mit Rom abgesprochen war – allerdings noch mit der alten italienischen Regierung. Mit der neuen Koalition habe man darüber nicht mehr gesprochen. „Jetzt befinden wir uns in einem echten Dilemma. Die Drohung Roms, den Artikel vor dem Verfassungsgericht anzufechten, ist ein großes autonomiepolitisches Problem. Denn Rom sagt damit ganz klar: ‚Im Zivilrecht schaffen wir!‘ Das ist ein massiver Angriff auf unsere Auto-

Hunde geweckt“, warnt Staffler. In seiner Zeit als Landes-Generaldirektor habe er 20 Verträge abgeschlossen, die sich auf das Landesgesetz Nr. 6/2015 zu den Kollektivverträgen beziehen. Diese könnte nun allesamt von Rom beanstandet werden, da das Land hierbei die eigenen Bestimmungen und nicht jene des Staates umgesetzt hat, obwohl es aus der Sicht Roms keine Kompetenzen im Zivilrecht hat.